

Koalitionsvertrag

Generelle Aussagen zum Wirtschafts- und Industriestandort

- Deutschland muss auch in Zukunft ein leistungs- und wettbewerbsfähiger Industriestandort bleiben, um seine führende Position in Europa und weltweit zu sichern. Die Bundesregierung wird daher eine Industriestrategie und konkrete branchenbezogene Maßnahmenpakete wie einen Stahl-Aktionsplan entwickeln und umsetzen.
- Grundstoffindustrien wie der Stahl sind essenziell für ein resilientes Deutschland und ein starkes Europa. Sie sind die Basis für nahezu alle Wertschöpfungsketten – insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Bau, Energieversorgung und Verteidigung. Die Bundesregierung setzt sich für den Erhalt und die Stärkung dieser Industrien am Standort Deutschland und Europa ein.

Handelsschutz

- Um die Resilienz, strategische Autonomie und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und der EU zu sichern und zu stärken, setzt sich die Bundesregierung in Brüssel für wirksame handelspolitische Instrumente ein. Ziel ist es, deutsche und europäische Industriezweige wie den Stahl zu halten – und deshalb nachhaltig vor unfairen Handelspraktiken (Preisdumping) und den Auswirkungen globaler Überkapazitäten zu schützen.
- Dafür werden bestehende EU-Handelsschutz-Instrumente auf ihre Wirksamkeit überprüft, überarbeitet und, wo nötig, durch neue Werkzeuge ersetzt. Die Bundesregierung wird sich für eine dauerhafte und effektive Nachfolgelösung für die im Sommer 2026 auslaufenden EU-Safeguards einsetzen.

Carbon Leakage Schutz

- Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass für in Deutschland und Europa ansässige energieintensive Industrien wie den Stahl, die im Vergleich zu internationalen Anbietern Wettbewerbsnachteile durch den EU-Emissionshandel erleiden, ein Level Playing Field geschaffen wird.
- Dabei geht es um einen wirksamen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) und rasch zu schaffende Regelungen, die gezielte Umgehungen verhindern und nachgelagerte Produkte – wo erforderlich – einbeziehen. Zudem braucht es eine Lösung zur Einbeziehung von Exporten in den CBAM.

Energiekosten

- Die Bundesregierung wird die Energiekosten in Deutschland zügig auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau senken. Kurzfristig werden die Netzentgelte auf das Niveau von 2023 zurückgeführt.

- Die Bundesregierung wird die Strompreiskompensation für die energieintensive Industrie verstetigen und sich in Brüssel dafür einsetzen, dass das Schutz-Niveau in voller Höhe erhalten bleibt.

Pionier- oder Leitmärkte

- Die Bundesregierung wird marktwirtschaftliche Anreizsysteme für den Einsatz emissionsarmer Grundstoffe entwickeln, um einen Hochlauf in der Breite zu ermöglichen.
- Dazu gehört die Schaffung von Pionier- oder Leitmärkten für emissionsarme Grundstoffe wie Stahl und Zement. Die Bundesregierung wird dabei selbst eine Vorreiterrolle einnehmen – durch die inhärente Verknüpfung des Konzepts der Pioniermärkte mit dem Infrastruktur-Sondervermögen, durch eine Reform des Vergaberechts für die öffentliche Beschaffung sowie durch Pilotprojekte. Dabei wird auf etablierte Labels und Standards aus der Industrie als belastbare Grundlage zurückgegriffen, wie etwa den Low Emission Steel Standard (LESS).
- Auf europäischer Ebene macht sich die Bundesregierung für eine konsequente Ausrichtung der öffentlichen Beschaffungsrichtlinien auf nachhaltige und CO₂-arme Materialien mit European-Content stark.

Wasserstoff

- Die Bundesregierung wird Maßnahmen ergreifen, um den Hochlauf von bezahlbarem Wasserstoff für die Industrie zu fördern. Dabei setzt sie auf Pragmatismus, Offenheit bei den Wasserstofffarben (etwa auf blauen Wasserstoff) und die Anerkennung von Erdgas als Zwischenschritt.
- Um den Hochlauf der Wasserstoffnutzung in der Industrie zu unterstützen, wird die Bundesregierung Instrumente zur staatlichen Risiko-Absicherung entlang der Lieferkette einführen.
- Die Bundesregierung setzt sich für den schnellen Aufbau eines europäischen Pipeline-Netzes zum Anschluss an Länder mit guten Bedingungen für eine kostengünstige H₂-Produktion ein.

Bürokratieabbau und Planungssicherheit

- Um Unternehmen zu entlasten und neue Zukunftsprojekte anzuregen, werden spürbare und nachhaltige Entlastungen geschaffen. Dazu verfolgt die Bundesregierung eine konsequente One-in, One-out-Regelung und eine Eins-zu-eins-Umsetzung von EU-Richtlinien, um übermäßige nationale Zusatzanforderungen („Gold Plating“) zu vermeiden und, wo erforderlich, rückgängig zu machen.
- Zur Förderung langfristiger Investitionsentscheidungen zum Umbau zur Klimaneutralität werden politische Rahmenbedingungen geschaffen, die über Legislaturperioden hinweg Bestand haben.